

Stadtteilarbeit Graz.

Von der Zerschlagung nachhaltiger Strukturen und vom unnachgiebigen Widerstand.

Laila Huber

Ein kurzer Text soll es werden, begleitend zum Video „STADT-TEIL-HABE“, einem Imagevideo über die Grazer Stadtteilarbeit, das von einer engagierten Studierendengruppe in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Stadtteilarbeit Graz¹ und in Kooperation mit Camera Austria realisiert wurde.² Was kann ich hier als Rahmung oder Begleitung beisteuern? Ein paar theoretische Gedanken zu Stadt und Teilhabe? Dazu wie wir alle, die wir in einer Stadt leben, sie zu dem machen, was sie ist? Über Macht und Ohnmacht, teilhaben und gestalten zu können? Soll ich über das schreiben, was im Video keinen Platz fand? Über das, was der Anlass zu diesem Video war? Vielleicht ein bisschen von Allem ... vielleicht nicht ganz kurz.

Stadt und Teilhabe

Wie entsteht Stadt? Wie und von wem wird sie gemacht? Wenn wir von Stadt sprechen, dann sprechen wir von Raum: Es geht sowohl um den gebauten, materiellen Raum, als auch um den Sozialraum – die Gestaltung sozialer Beziehungen und die Rahmenbedingungen für das Entstehen sozialer Beziehungen sowie für das Entstehen eines Gefühls von Zugehörigkeit. In der Stadtforschung spricht man in diesem Kontext von „Place making“ – also vom „Ort-Machen“. Der Begriff verweist auf die Gemachtheit und damit auch auf die Veränderbarkeit von Orten. Es geht um die Frage welche Kräfteverhältnisse an einem Ort wirken, d.h. welche Personen oder Personengruppen mit ihren jeweiligen Interessen und Ressourcen einen Ort zu dem machen was er zu einem bestimmten Zeitpunkt ist: als gebauter Raum, als sozialer Raum und als symbolische Bedeutungskonstruktion.

Partizipation auf Stadtteilebene

Der Stadtteil, das Grätzl, das Quartier, die drei bis vier Straßenzüge in denen ich mich zuhause fühle. Die Nachbarn, der Billa am Eck, der Tabaktrafikanter, der weiß welche Zeitung ich kaufe, die Bäckerei, die Jugendlichen und die Alten im Park, die Kinder am Spielplatz, die Schule, die Straße, der Zebrastreifen, die Mülltonne, die Bushaltestelle, der Kostnix-Laden, der Gemeinschaftsgarten, das Stadtteilzentrum. Orte, Menschen, Anlässe für das Zusammenkommen, Strukturen der Ermöglichung von Stadt.

Teilhabe will organisiert sein – ein Stadtteilstadtteilfest, ein Projekt zur Gesundheitsvorsorge, ein Lern-Treffpunkt für Schüler_innen, Deutschkonversationskurse, ein Mittagstisch, Hilfestellung für

¹ Der Arbeitskreis Stadtteilarbeit wurde in Folge der von FPÖ-Vizebürgermeister Eustacchio, angekündigten Kürzungen, als selbstorganisiertes Forum gegründet – beteiligt sind: SMZ – Stadtteilzentrum Jakomini, Stadtteilzentrum Triester, Stadtteilzentrum NaNet, Büro der Nachbarschaften, STA EggenLend, Grätzlinitiative Margaretenbad, Mehrgenerationenhaus Waltendorf, SMZ – Nachbarschaftszentrum am Grünanger, Nachbarschaftszentrum St. Peter, Verein Stadtteilprojekt ANNENVIERTEL.

² Das Video entstand im Rahmen einer von mir geleiteten Lehrveranstaltung zum Thema „Partizipative Forschung im Stadtteil“ im Wintersemester 2019 am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, der Karl-Franzens-Universität Graz.

Behördengänge, ein Lesekreis, ein konsumfreier Treffpunkt. All das braucht Strukturen: Menschen, Räume und Ressourcen.

Hier kommen die Stadtteilarbeit und die Stadtteilzentren ins Spiel: Denn für eine nachhaltige soziokulturelle Textur eines Stadtteils, braucht es Anker-Strukturen und Vernetzungs-Akteur_innen. Die Stadtteilzentren bieten ganz konkrete Anlaufstellen in der Stadt. Sie ermöglichen einen direkten Zugang für und zu Bewohner_innen, NGOs, Geschäftstreibenden, etc. Die Stadtteilarbeiter_innen sind Vermittler_innen und Brückenbauer_innen. Sie sind parteilich (für die Bewohner_innen), nicht aber parteipolitisch.

Die Möglichkeit sich als einzelne_r in die offene und gemeinschaftliche Struktur eines Stadtteilzentrums einzubringen, ist zugleich die Möglichkeit, sich in die Gestaltung des sozialen Lebens des Stadtteils einzubringen – dabei entsteht Zugehörigkeit und Handlungsmacht. Stadtteilzentren sind Anker und Brückenbauer in der sozialen Textur eines Stadtteils. Stadtteilarbeit braucht die Kooperation und Unterstützung der politischen Entscheidungsträger_innen, um ihre Wirkmacht entfalten zu können.

Die Grazer Stadtteilarbeit

Vom Good zum Bad Practice Beispiel? - ein Abstieg mit Folgen ...

Seitdem das Wohnungsressort und die ihm zugeordnete Siedlungsbetreuung 2005 von der KPÖ-Stadträtin Elke Kahr übernommen wurde, die dieses bis zur Gemeinderatswahl 2017 inne hatte, wurde die Stadtteilarbeit sukzessive gefördert und aufgebaut.³

Nach der Gemeinderatswahl 2012, aus der die KPÖ als zweitstärkste Partei im Gemeinderat hervorging, wurde das Ressort „Zusammenleben“ neu geschaffen, mit welchem Elke Kahr „die Installierung einer bedarfsorientierten Siedlungsbetreuung und Nachbarschaftshilfe, die Wohnungseinbegleitung bei Neubezug einer Wohnung und die Schaffung von Stadtteilzentren“⁴ zum Ziel hatte. Ab März 2014 wurde das Friedensbüro Graz von der Stadt mit der Koordination der Stadtteilarbeit betraut. In Folge wurden in Kooperation mit den bereits bestehenden Stadtteilzentren, Nachbarschaftszentren und Stadtteilprojekten, sowie mit Vertreter_innen aus Stadtverwaltung und Politik gemeinsam Kriterien für die Förderansuchen im Bereich Stadtteilarbeit erarbeitet⁵ sowie 2015 ein Leitbild der „Stadtteilarbeit in Graz“ durch den Gemeinderat beschlossen.

„Dazu ist anzumerken, dass bis zum Beschluss des Leitbildes die Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit im Jahr 2015 in Graz im Unterschied zu vergleichbaren Städten nur wenig verankert war. Es gab zwar immer wieder einzelne stadtteilbezogene Projekte, Initiativen und

³ Das Wohnungsressort trägt bereits seit Ende der 1990er Jahre die Handschrift der KPÖ Graz, seitdem 1998 Ernst Kaltenecker zuständiger Stadtrat wurde. Ernst Kaltenecker startete 1999 mit einer umfassenden Sanierung der Gemeindewohnungen (Stichwort „Einrichtung von Nasszellen“). Die Aktion „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“, die Teil des Programms des Kulturhauptstadtjahres Graz 2003 war, hatte großen öffentlichen Zuspruch erhalten und in den Folgejahren etablierte die KPÖ Graz ihren Ruf als jene Partei, die sich für leistbares und lebenswertes Wohnen einsetzt.

⁴ KPÖ Graz präsentiert Ressortvorhaben, <https://steiermark.orf.at/v2/news/stories/2567049/>, abgerufen am 20.04.2020

⁵ vgl. Jahresbericht Friedensbüro Graz, 2015: 12, http://hpneu.friedensbuero-graz.at/wp-content/uploads/2017/07/Jahresbericht_2015.pdf, abgerufen am 20.04.2020

Organisationen, aber es gab bis dahin keine abgestimmte Gesamtstrategie, Koordination, Qualitätssicherung oder Evaluierung. Insofern war der Beschluss 2015 ein längst fälliger und wurde zu einer Grundlage dafür, dass sich eine professionelle Stadt- und Gemeinwesenarbeit entwickeln konnte (...).“ (Stellungnahme Inst. f. Bildungs- und Erziehungswissenschaften, 2019: 3)

Das Leitbild sowie die Förderkriterien waren ein Meilenstein für eine mittel- und längerfristige Planungssicherheit und Professionalisierung für die Grazer Stadtteilarbeit. In den darauffolgenden Jahren hat sich eine Praxis der Kooperation und des Austauschs auf Augenhöhe zwischen Stadtteilarbeit, Stadtverwaltung und Politik etabliert – jährliche Evaluationen der Stadtteilzentren sicherten die Qualität und Weiterentwicklung einer professionellen, parteipolitisch unabhängigen Grazer Stadtteilarbeit.

In dem „Positionspapier Soziale Stadtentwicklung“, das im Frühling 2019, in Anbetracht der Kürzungsvorhaben durch FPÖ-Vizebürgermeister und Ressortleiter des Wohnungsamts Mario Eustacchio, von Mitarbeiter_innen des Schwerpunkts Sozialraumarbeit und Gemeinwesenentwicklung der FH Joanneum verfasst wurde, wird die Qualität der Grazer Stadtteilarbeit unterstrichen:

„Die Stadt Graz ist mit dem Aufbau und der Etablierung der vor Ort entwickelten Stadtteilarbeit einen besonderen Weg gegangen, der im internationalen Vergleich durchaus als „state of the art“ und fachlich gut abgesichert zu bezeichnen ist und auf nationaler Ebene als Vorzeigebispiel gelten kann.“ (Positionspapier Soziale Stadtentwicklung, 2019: 3)

Wie kommt es also dazu, fragt man sich, dass diese Good Practice abgeschafft werden sollte? Was bewegt den zuständigen Ressortleiter, diese gut funktionierenden Strukturen sozio-kultureller Teilhabe abzuschaffen? Und wie kommt es, dass der Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz dieses Vorgehen stillschweigend mitträgt?

Wenn wir der Chronologie der Entwicklungen und Ereignisse folgen, die zur stückweisen Zerschlagung der Grazer Stadtteilarbeit führt, dann ist die Gemeinderatswahl 2017 ein Schlüsseldatum: Auch bei der Gemeinderatswahl 2017 wurde die KPÖ mit 20,34 % zweitstärkste Partei⁶, doch ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagel, entschied sich für eine Koalition mit der FPÖ und folgte damit dem Beispiel der Schwarz-Blauen Koalition, von Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache, auf Bundesebene.

Nach rund 19 Jahren KPÖ-Handschrift im Grazer Wohnungsressort wanderte dieses nun in FPÖ-Hand. Die Konsequenzen für die Stadtteilarbeit wurden mit Jahresbeginn 2019 deutlich, als bekannt wurde, dass die bis dato gut funktionierende Förderstruktur der Stadtteilarbeit neu aufgestellt werden sollte. Bis zu jenem Zeitpunkt sahen die Fördervorgaben drei Kategorien vor: (1) *Stadtteilzentren* mit einer max. Jahresförderung von 100.000 €, die als mittel- bis langfristige Einrichtungen beschrieben wurden und direkt von der Kommune beauftragt wurden, um in Gebieten „mit besonders hohem Betreuungsbedarf“ mit den im Stadtteil lebenden Menschen „nachhaltige Verbesserungen ihrer

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Ergebnisse_der_Kommunalwahlen_in_Graz, abgerufen am 20.04.2020

Lebenssituation zu erreichen“; (2) *Nachbarschaftszentren* mit einer max. Jahresförderung von 25.000 €, die Initiativen von Bewohner_innen unterstützen und bündeln und vor allem auf ehrenamtlichem Engagement aufbauen sollten; sowie (3) *Projekte der Stadtteilarbeit* mit einer max. Fördersumme von 10.000 €, die zeitlich begrenzt stattfinden und Vernetzungs- und Beteiligungsprozesse zum Ziel haben sollten.⁷

Die neue Förderregelung bedeutete: Die bestehenden Stadtteilzentren abzuschaffen und nur noch, die mit weit weniger Fördermitteln dotierten, Nachbarschaftszentren zu erhalten.

Die von den Stadtteilzentren abgezogenen Mittel sollten stattdessen an eine mobile, aber zeitlich und ortsbezogen temporäre Stadtteilarbeit – mit einer Vollzeitstelle, aufgeteilt auf zwei zuständige Sozialarbeiter_innen, für das gesamte Grazer Stadtgebiet⁸ – umgeschichtet werden. Zusätzlich besteht aus dem Gesamtbudget nun die Möglichkeit für jeglichen Verein, auch fachlich unspezifisch, Einzelprojektförderungen für „nachbarschaftsfördernde Projekte“ bis zu 10.000 € anzusuchen - die Gesamtsumme für ganz Graz ist dafür jährlich mit 200.000 € gedeckelt.⁹

Hinzukommt, dass nunmehr der parteipolitisch besetzte Bezirksrat über eine Empfehlung der Projektförderungen entscheidet und nicht wie bisher im beiderseitigen Abgleich mit parteiunabhängigen Fachexpert_innen der Koordinationsstelle. Die Letztentscheidung liegt beim zuständigen Ressortleiter – was nicht unbedingt zum Vorteil der Stadtteilarbeit ist, wie bereits Projektbeispiele zeigen, die zwar von den Bezirksräten befürwortet, jedoch letztendlich nicht genehmigt wurden.¹⁰

Macht und Ohnmacht

Als die Kürzungsvorhaben bekannt wurden, starteten die Mitarbeiter_innen der Stadtteilarbeit eine Kampagne zur Rettung der Stadtteilzentren, die zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, von Bezirksrät_innen, von Kulturinitiativen (wie dem Forum Stadtpark) und der IG Kultur Steiermark, von den Oppositionsparteien sowie von Fachexpert_innen erzielte und eine starke Medienpräsenz erreichte. Im Januar 2019 wurde der Arbeitskreis Stadtteilarbeit Graz ins Leben gerufen, „mit dem Ziel der Sicherung und Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit in Graz“ – so lautet der erste Eintrag auf der zu diesem Zweck neu gegründeten Facebookseite.¹¹ Es wurden Aktionstage organisiert; ein offener Brief von Bezirksrät_innen verfasst; eine Petition¹² für den Erhalt und Ausbau

⁷ Stadtteilarbeit. Kriterien für Förderansuchen für den Bereich „Stadtteilarbeit“ an das Ressort „Zusammenleben“ der Stadt Graz (SIBET), 2016.

⁸ <http://www.friedensbuero-graz.at/angebote/gute-nachbarschaft/mobile-stadtteilarbeit/>, abgerufen am 20.04.2020

⁹ Vgl. 29.03.2019, Kleine Zeitung, Heftige Kritik an Eustacchio, von Gerald Winter-Pölsler.

¹⁰ 21.01.2020, Kleine Zeitung, Nach Neuregelung: Kampf um Stadtteilarbeit in Graz geht weiter, von Verena Schapp, https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5755425/Nach-Neuregelung_Kampf-um-Stadtteilarbeitin-Graz-geht-weiter, abgerufen am 20.04.2020

¹¹ Die Facebookseite (@arbeitskreis.stadtteilarbeit.graz) bietet einen Überblick über alle Aktivitäten des Arbeitskreises sowie einen Pressespiegel über die umfangreiche Berichterstattung zur prekarierten Situation der Grazer Stadtteilarbeit mit Berichten in der Kleinen Zeitung, Krone Zeitung, Standard, Megaphon, Woche Graz, Annenpost, sowie mit Beiträgen im „Kulturradio“, der Sendung der IG Kultur Steiermark auf Radio Helsinki.

¹² <https://www.openpetition.eu/at/petition/online/die-grazer-stadtteilzentren-muessen-bleiben-die-stadtteilarbeit-muss-gefoerdert-und-ausgebaut-werden>, abgerufen am 20.04.2020

der Stadtteilarbeit gestartet und rund 3.000 Unterschriften gesammelt und im Rathaus übergeben; wissenschaftliche Stellungnahmen zur Wichtigkeit der Stadtteilarbeit eingeholt und an die Grazer Stadtregierung adressiert.¹³

Doch nichts konnte bisher ein politisches Einlenken des zuständigen Ressorts der Menschenrechtsstadt Graz bewirken.

Ab Juli 2019 wurde die Basisförderung der Stadtteilzentren wie angekündigt gekürzt, die bis dahin Beschäftigten mussten zum Teil gekündigt oder auf ein Minimum an Stunden reduziert werden. Dass darunter vor allem das Angebot für die Stadtteilbewohner_innen und Nutzer_innen der Stadtteilzentren leidet, liegt auf der Hand.

Massiv betroffen sind die Stadtteilzentren Jakomini, Triestersiedlung, EggenLend und NaNet-Floßlend. Doch auch die Nachbarschaftszentren Büro der Nachbarschaften, Grätzinitiative Margerethen, Mehrgenerationenhaus Waltendorf und Nachbarschaftszentrum St. Peter sind von den neuen Förderregelungen betroffen, war die Vision der bisherigen Nachbarschaftszentren doch jene einer sukzessiven Professionalisierung. Denn:

„Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit benötigt nicht nur leicht zugängliche soziale Räume und Orte, sondern auch kontinuierlich arbeitende professionelle Fachkräfte. Dies setzt längerfristige Verträge und finanzielle Ressourcen voraus, die eine professionelle Grundstruktur ermöglichen. Dass es darüber hinaus Möglichkeiten zur Förderung von einzelnen Projekten in den Bezirken geben kann, ist zu unterstützen, aber kann eine professionelle Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit nicht ersetzen.“ (Stellungnahme Inst. f. Bildungs- und Erziehungswissenschaften, 2019: 4)

STADT-TEIL-HABE in der Menschenrechtsstadt – und ihre Gefährdung durch den politischen Rechtsruck

Welche Interessen und Ressourcen welcher Akteur_innen machen die Menschenrechtsstadt Graz zu dem was sie ist? Zu dem was sie war? Und zu dem was sie in Zukunft sein kann?

Graz, die erste Stadt Europas, die 2001 das Label Menschenrechtsstadt verliehen bekam hat, so scheint es, nunmehr eine Stadtregierung, die Menschenrechte unterminiert. Bürgermeister Sigfried Nagl hat sich für diese Koalition mit Vize-Bürgermeister Mario Eustacchio entschieden, einem jener Politiker, die sich bis heute nicht von der rechtsextremen Identitären-Bewegung distanzieren.

Aber was bedeutet das für das politische Selbstverständnis der Stadtregierung einer Menschenrechtsstadt?

Mit Mario Eustacchio betrat eine revanchistische Politik die Bühne: Das, was von Seiten der Grazer KPÖ im Bereich Stadtteilarbeit an sozialen Strukturen in der Nachbarschaft aufgebaut wurde, wird nun zerstört.

Diese drastischen Veränderungen auf lokaler Ebene, in Bezug auf die Stadtteilzentren, sind eine direkte Konsequenz eines größeren Umbruchs des politischen Lebens in Europa: Der politische

¹³ Vom Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz sowie vom Schwerpunkt Sozialraumarbeit und Gemeinwesenentwicklung der FH Joanneum.

Rechtsruck, der dem Ausbruch des Krieges in Syrien sowie der breiten Fluchtbewegung folgte und der sich immer mehr als europaweiter Paradigmenwechsel nach Rechts darstellt.

Der Diskurs, nicht nur von den als rechtsextrem geltenden Parteien, sondern auch der Diskurs von bis dahin moderateren Rechts-Parteien verlagert sich hin zu einer Unterminierung der Werte der Menschenrechte und zu einer Demontage von Bestimmungen des Wohlfahrtsstaats. Zielscheibe sind neben Immigrant_innen und Geflüchteten zunehmend auch sozial Schwache.¹⁴ Der Rechtsruck äußert sich des Weiteren im Umgang mit Orten kritischer Meinungsäußerung und -bildung und trifft dabei unterschiedliche Bereiche.

In der Menschenrechtsstadt Graz sieht Heidrun Primas, Leiterin des Forum Stadtpark, Parallelen zwischen den Attacken auf die Stadtteilzentren und den Angriffen auf das Forum Stadtpark: „Könnte es hier darum gehen, bestimmte Räume freier und kritischer Meinungsbildung, die einer offenen, solidarischen, demokratischen, den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft dienen, abschaffen zu wollen?“ fragt Heidrun Primas in einem Gespräch im Frühling 2019.

Das Forum Stadtpark war in den vergangenen Jahren mehrfach ins Visier der Grazer FPÖ geraten, die Angriffe reichten von Anschuldigungen in Bezug auf Sachbeschädigung in Folge eines im Forum Stadtpark abgehaltenen Symposiums zum zivilen Ungehorsam (Oktober 2017)¹⁵, bis hin zum Ansinnen im Forum Stadtpark ein kommerzielles Kaffeehaus einzurichten (Sommer/Herbst 2018).¹⁶ Nicht-kommerzielle Orte an denen sozio-kulturelle Teilhabe und gesellschaftskritischer Diskurs verknüpft werden, scheinen der Rechts-Politik ein Dorn im Auge zu sein. Nur auf's Erste scheinen hier ganz unterschiedliche Bereiche unter Beschuss zu geraten – denn tatsächlich geht es um die Frage, welche Kultur eine Stadt fördern und leben will.

Kulturpolitik und Stadt(teil)entwicklung liegen sehr nah beisammen, wenn man Kultur und kulturelle Teilhabe als zentralen Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft versteht. Die sozio-kulturelle Dimension von Stadteitarbeit bedeutet, dass es sowohl um eine Kultur des sozialen Miteinanders als auch um eine Kultur des Mitgestaltens durch sozio-kulturelle Teilhabe geht. **Hier gilt es Allianzen (zwischen Stadteitarbeit und Kultur) zu stärken!**¹⁷

¹⁴ Ob und wie das neue Nachdenken über soziale Verantwortung und Solidarität, das durch die Corona-Krise ausgelöst wurde auch nachhaltig die politische Kultur zu verändern vermag, bleibt abzuwarten.

¹⁵ <https://www.facebook.com/ForumStadtpark/posts/10154751044356761>, abgerufen am 20.04.2020

¹⁶ 15.08.2018, Krone Zeitung, Im Grazer Stadtpark: Kaffeehaus oder Kunst? <https://www.krone.at/1755205>; 04.11.2018 Kleine Zeitung, Café im Grazer Forum Stadtpark: Weiter heiße Debatten, https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5523964/Kulturszene_Cafe-im-Grazer-Forum-Stadtpark_Weiter-heisse-Debatten, abgerufen am 20.04.2020

¹⁷ Ein im Mai 2019 veranstalteter Zukunftsdialog der IG Kultur Steiermark widmete sich Fragen nach gemeinsamen Anliegen, Kooperation und Solidarität zwischen Kultur- und Stadteitarbeit und nach einer bewussten Allianzbildung zur Stärkung der Stadteitarbeit. Kooperationen zwischen Kunst, Kultur und Stadteitarbeit sind wichtiger Bestandteil der sozio-kulturellen Gestaltung des Stadteillebens. So finden auch im Kulturjahr 2020 mit dem Motto „Kultur schafft urbane Zukunft“ vielfältige Kooperationen mit den Stadtteilzentren statt, wie z.B. in den Projekten „Grazer Soundscapes“ von Radio Helsinki, „Triesterstraße 66“ des Künstlers Marino Formenti oder „Die Stadt & Das Gute Leben“ von Camera Austria.

Um nachhaltige partizipative Strukturen auf Stadtteilebene zu ermöglichen braucht es Anlaufstellen mit handlungsfähigen Akteur_innen. Für diese Handlungsfähigkeit wäre jedoch ein laufender Betrieb von Seiten der politischen Entscheidungsträger_innen zu gewährleisten.

Ziel muss eine Wiederherstellung und der weitere Ausbau der Grazer Stadtteilzentren sein!

Vor diesem Hintergrund setzt das Video »STADT-TEIL-HABE« auf eine Darstellung der Ressourcen und Möglichkeiten, dessen was Stadtteilarbeit leisten kann, wenn sie durch die politischen Entscheidungsträger_innen ermöglicht wird.

Dank an Wolfgang Kogler vom Arbeitskreis Stadtteilarbeit und Heidrun Primas für die hilfreichen Anmerkungen zum Text, sowie Dank an das Projekt „Die Stadt & Das Gute Leben“ von Camera Austria, mit dieser Möglichkeit einer Plattform, die Anliegen der Grazer Stadtteilarbeit zu unterstützen.

Laila Huber ist Kulturanthropologin und Kulturarbeiterin. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind Stadtanthropologie, partizipative Kunst- und Kulturarbeit, partizipative Forschung, sowie kritische Kulturvermittlung. Derzeit ist sie im Projekt „Advancing the Value of Humanities - in Academia, Society and Industry“ am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Karl-Franzens-Universität sowie als Lehrbeauftragte tätig und ist Leiterin des kunstraum pro arte in Hallein.

Quellenangaben:

Anastasiadis, Maria/ Reicher, Hannelore/ Sonnleitner, Manfred/ Wrentschur, Michael: Fachliche Stellungnahme zur Situation und geplanten Änderung der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Graz, Arbeitsbereichs Sozialpädagogik, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz, April 2019).

Gerngross, Martina/ Geser, Martin: Positionspapier Soziale Stadtentwicklung. Stadtteilzentren Graz, Schwerpunkt Sozialraumarbeit und Gemeinwesenentwicklung der FH Joanneum, 2019).

Leitbild Stadtteilarbeit in Graz, vom Grazer Gemeinderat am 1. Oktober 2015 beschlossen.

Stadtteilarbeit. Kriterien für Förderansuchen für den Bereich „Stadtteilarbeit“ an das Ressort „Zusammenleben“ der Stadt Graz (SIBET), 2016.

Websitelinks siehe Fußnoten

Zitation:

Laila Huber: Stadtteilarbeit Graz. Von der Zerschlagung nachhaltiger Strukturen und vom unnachgiebigen Widerstand, April 2020, www.diestadtunddasguteleben.at